

Künftig nur Mundart im Chindsgi

Aargau Der Soverän hat die Initiative für Mundart im Kindergarten überraschend deutlich mit 55,5 Prozent gutgeheissen. Die Regierung will die Umsetzung zügig anpacken.

VON MATHIAS KÜNG

Bildungsdirektor Alex Hürzeler ist über den Ausgang der Abstimmung zwar nicht erfreut, zeigte sich gegenüber der az aber nicht überrascht. In Gesprächen habe sich dies in den vergangenen Wochen abgezeichnet.

Auch in der Regierung habe man bewusst beide Varianten andiskutiert. Die durch das Volks-Ja nötige Schulgesetzrevision werde nun «zügig angepackt». Selbst bei gutem Verlauf sei aber mit eineinhalb Jahren bis zum Inkrafttreten zu rechnen. Die Umsetzung werde sich im Schulalltag nicht so einfach realisieren lassen. Materiell werde sich unter anderem die Frage nach gewissen Ausnahmen stellen, etwa für das Vortragen deutscher Lieder oder Gedichte, oder wenn beispielsweise ein deutsch gesprochener Film thematisiert wird. Für Hürzeler ist aber klar: «Mittelfristig können keine Kindergarten-Lehrperso-

nen mehr angestellt werden, die Mundart nicht beherrschen.»

Sieger setzen auf Junge

Zur künftigen Suche nach Lehrpersonen mag SVP-Grossrat Christoph Riner vom Ja-Komitee keine Vorschriften machen, aber: «Es ist klar zu vermitteln, dass Mundart die Unterrichtssprache ist.» Er hofft, dass dies sogar mehr Junge motiviert, diesen Beruf zu ergreifen. Derweil bedauert SP-Grossrat Thomas Leitch vom Nein-Komitee das «Ja zum Mundartzwang». Es erschwere die sprachliche Integration fremdsprachiger Kinder.

Riesenfrenude bei Mundart-Initianten

Volksabstimmung Regierung sieht keinen Druck für eine radikale Lösung schon ab 1. August

VON MATHIAS KÜNG

Die Mundartinitiative ist im Kanton Aargau von 55,5 Prozent der Stim-menden und in allen Bezirken gutgeheissen und damit klar angenommen worden. Aarau, Baden und Lenzburg lehnten deutlich ab, Ennetbaden gar sehr deutlich. In weiteren Städten und grossen Gemeinden wie Wettingen, Brugg und Windisch kam es zu knappen Nein. Zofingen, Bremgarten, Mellingen, Rheinfelden, Laufenburg, Regionalzentren wie Wohlen und die Landgemeinden stimmten indessen zu.

Hürzeler: Keine Hauruckübung

Für die Übergangszeit bis zur Gesetzesänderung aufgrund des Volksja zur Mundartinitiative werde es «keine Hauruckübung geben», sagt Bildungsdirektor Alex Hürzeler. Erst wolle man sauber analysieren, was das Ja für die ab August geltende Regelung bedeutet. Diese verlangt, dass Kindergartenlehrpersonen zwei Drittel in Mundart und einen Drittel in Standardsprache (bisher etwa je hälftig) unterrichten. Eine radikale Lösung schon ab 1. August dränge sich nicht auf.

Eine Konsequenz ist für Hürzeler indes schon klar: «Mittelfristig können keine Kindergartenlehrpersonen mehr angestellt werden, die Mundart nicht beherrschen.» Die Verträge für das neue Schuljahr sind indessen an den meisten Orten schon unterzeichnet. Daher sei eine geordnete Übergangslösung angezeigt. Es werde aber instinktiv sicher noch schwieriger, genug Kindergartenlehrpersonen zu finden.

Riner: David gegen Goliath

Grossrat Christoph Riner (SVP) vom Ja-Komitee ist freudig überrascht. «Erst recht», so Riner, «weil wir den Grossen Rat, die Regierung, fast alle Parteien sowie Verbände und die Medien im Abstimmungskampf gegen uns hatten.» Man habe also gewissermassen als David gegen Goliath gekämpft und gewonnen.

Gibt es jetzt also ein Hochdeutschverbot im Kindergarten? Riner verweist auf den Passus, grundsätzlich sei Mundart zu sprechen. Wenn ein deutsches Lied oder ein deutsches Gedicht gelehrt werden soll, sei das weiterhin kein Problem. Doch was geschieht mit Lehrpersonen, die nicht Dialekt sprechen? Diese Frage hätte sich auch mit der Zwei-Drittel-/ein-Drittel-Lösung der Regierung gestellt, antwortet Riner. Das müsse



Künftig wird in Aargauer Kindergärten grundsätzlich nur noch Mundart gesprochen.

CHRIS ISELI

MUNDARTINITIATIVE: SO HABEN ANDERE KANTONE ENTSCHEIDEN

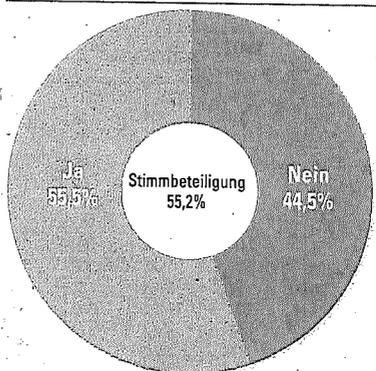
Bisher kennt erst der Kanton Zürich aufgrund einer Volksabstimmung im Jahr 2011 den Grundsatz von Mundart im Kindergarten. Jetzt kommt der Aargau dazu. In Basel-Stadt stimmte das

Volk 2011 einer Initiative «Ja zum Dialekt» und einem Gegenvorschlag des Grossen Rats zu. Bei der Stichfrage obsiegte der Gegenvorschlag. Seither gelten in Basel für Dialekt und Standard-

deutsch «gleichwertige Lernziele». Derweil kam in Solothurn eine 2011 lancierte Mundart im Kindergarten nicht zustande. In Luzern wurde eine Mundartinitiative 2013 abgelehnt. Es obsiegte

ein Gegenvorschlag für gleichwertige Förderung von Mundart und Hochdeutsch. Die Glarner Landsgemeinde lehnte 2013 einen Antrag für ausschliesslich Mundart im Kindergarten ab. (MKU)

Mundartinitiative



man vor Ort anschauen, wo es ja oft mehrere Lehrpersonen gebe. Vielleicht sei ja eine bereit, sich Mundart anzueignen.

Enttäuschung bei den Gegnern

Grossrat Thomas Leitch (SP) vom gegnerischen Komitee bedauert das «Ja zum Mundart-Zwang»: «Der Entscheid führt dazu, dass unsere Kinder mit der deutschen Sprache weniger vertraut sein werden, wenn sie in die erste Klasse kommen, wo nur noch Hochdeutsch gesprochen wird. Die sprachliche Integration fremdsprachiger Kinder wird erschwert.» Der Ent-

scheid laufe auch der Harmonisierung des Volksschulwesens zuwider. Es wäre wohl besser gewesen, so Leitch, wenn man wie 2011 in Basel auch im Aargau den Gegenvorschlag der Regierung dem Volk ebenfalls vorgelegt hätte. In Basel hatte dieser in der Stichfrage obsiegt.

Wie geht es weiter? Leitch denkt, dass man wohl Kindergartenlehrpersonen, die Mundart nicht beherrschen, in einen Kurs schicken muss. Er hofft sehr, dass niemand weggeschickt wird. Leitch: «Wir sollten nicht päpstlicher sein als der Papst.»

Kommentar rechts

Kommentar

von Mathias Küng



Goliath blieb zu Hause

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben die seinerzeit von den Schweizer Demokraten lancierte Mundartinitiative deutlich gutgeheissen. Damit wird nebst dem Kanton Zürich künftig auch in Aargauer Kindergärten grundsätzlich Mundart gesprochen.

Mundart ist sympathisch. Diese Grundüberlegung sowie die Befürchtung, der Kindergarten könnte «verschult» werden und die Kinder könnten ein Sprachdurcheinander bekommen, waren wesentlich für das Ja. Dieses ist zu akzeptieren. In der Umsetzung birgt es aber zwei Knacknüsse: Finden sich genug Kindergartenlehrkräfte, die das Mundartprofil erfüllen? Und was geschieht mit ausländischen Lehrkräften, die Mundart auch mit Kursen nicht hinkriegen? Manche dürften in andere Kantone abwandern.

In der Debatte wiederholte sich ein Phänomen aus früheren Urnengängen: Es engagierten sich fast nur die Befürworter der Initiative. Die vielen Gegner, die ihr im Grossen Rat einen Korb gegeben hatten, überliessen ausser in Leserbriefen dem Pro-Komitee das Feld. So haben sie sich in der entscheidenden Runde selbst ein Bein gestellt. Die Initianten sehen sich als die Sieger im Kampf gegen Goliath. Bloss: Goliath blieb zu Hause. Er hat den Kampf verpasst.

Noch eine Frage drängt sich auf: Hätte sich ein anderes Resultat ergeben, wenn das Volk auch über den Gegenvorschlag der Regierung hätte abstimmen können? Dieser sah eine Erhöhung des Mundartanteils auf zwei Drittel vor. 2011 obsiegte in Basel ein Gegenvorschlag in vergleichbarer Situation. Dies zeigt: Wenn man schon zu einer Initiative einen Gegenvorschlag ausarbeitet, verdient auch dieser einen Abstimmungsstempel. So kann das Volk in Kenntnis wirklich aller Umstände entscheiden.

mathias.kueng@azmedien.ch
www.twitter.com/MathiasKung